

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungen	13
<i>I Einleitung</i>	
1 Annäherungen	21
2 Gegenstand und Fragestellung	29
3 Forschungslage	33
4 Theorierahmen und Forschungskontext	37
4.1 Vergangenheitsbewältigung, Aufarbeitung und Transitional Justice	37
4.2 Vergangenheitspolitik durch Strafrecht	39
4.3 Geschichte als Argument: Geschichtsbilder	44
4.4 Geschichtswissenschaft und Recht	48
5 Aufbau und Vorgehen	51
<i>II Die Alliierten und die Verfolgung von NS-Völkerrechtsverbrechen</i>	
1 Pläne zur Bestrafung von NS-Kriegsverbrechen (1942–1945)	59
1.1 Vorgeschichte und Anfänge des Völkerstrafrechts	59
1.2 Großbritannien, die Exilregierungen und die Erklärung von St. James	62
1.3 Hauptkriegsverbrecherfrage und UNWCC	63
1.4 Moskauer Deklaration und Klärung der Hauptkriegsverbrecherfrage	65

Inhaltsverzeichnis

2	Das Konzept von ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ (1942–1945)	69
2.1	Diskussion um NS-Verbrechen an Achsenmachtangehörigen im Foreign Office	69
2.2	Foreign Office, UNWCC und ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘	71
2.3	Verfolgung von Kriegsverbrechen nach dem Royal Warrant und Verankerung von ‚Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ im Londoner Statut	74
2.4	Internationales Militärtribunal zur Aburteilung der Hauptkriegsverbrecher	75
2.5	Kontrollratsgesetz Nr. 10	77
3	Verfolgung von NS-Verbrechen durch alliierte und deutsche Gerichte in der US-, Sowjetischen und Französischen Zone (1943–1954)	81
3.1	US-Besatzungszone	81
3.2	Sowjetische Besatzungszone (SBZ)	84
3.3	Französische Besatzungszone (FBZ)	85
 <i>III Der Wiederaufbau der Justiz in der Britischen Zone</i>		
1	Alliierte Besetzung und britische Besetzung (1944/45)	91
2	Stunde der OLG-Präsidenten und Entnazifizierung der Justiz (1945–1949)	99
3	Zentral-Justizamt, Landesjustizverwaltungen und Spruchgerichte (1946–1950)	109
 <i>IV Die britische Strategie zur Ahndung von NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit</i>		
1	Großbritannien und das Problem der Verbrechen gegen die Menschlichkeit (1945/46)	123

2	NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit vor britischen Gerichten (1946–1949)	125
2.1	Musterverfahren für die deutsche Justiz	126
2.2	Verfahren wegen Verbrechen mit alliierten Opfern	134
3	Anfänge der deutschen Gerichtsbarkeit zu NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit mit deutschen oder staatenlosen Opfern (1946/47)	137
3.1	Generalermächtigung	141
3.2	Ermächtigung zur Verfolgung von Gräueln an Lager- und Gefängnisinsassen	141
3.3	Ermächtigung zur Verfolgung von Denunziationen und Beginn der KRG-10-Debatte	143
3.4	Ermächtigung zur Verfolgung von rassistisch motivierten Verbrechen	149
V	<i>Die Debatte um die Anwendung von Kontrollratsgesetz Nr. 10</i>	
1	Radbruchs Lehre vom ‚übergesetzlichen Recht‘ (1946)	155
2	Auseinandersetzung um das Rückwirkungsverbot (1946/47)	163
2.1	Verbrechen gegen die Menschlichkeit, deutsche Justiz und ‚nullum crimen, nulla poena sine lege‘	163
2.2	KRG-10-Gegner und -Befürworter im Herbst 1946	165
2.2.1	OLG-Präsident Hodenberg und die ‚politischen‘ Generalstaatsanwälte	165
2.2.2	Paukenschlag und Offensive der KRG-10-Gegner	171
2.3	Debatte um die Rückwirkung von KRG 10 seit Frühjahr 1947	179
2.3.1	Sonderausgabe der ‚Süddeutschen Juristenzeitung‘	179
2.3.2	Vertiefte Auseinandersetzung und britisches Eingreifen	186
3	Kontrollratsgesetz Nr. 10 und deutsches Strafrecht	201

VI Menschlichkeitsverbrechen vor deutschen Gerichten der Britischen Zone

1	Rahmenbedingungen	209
1.1	Referenzverfahren: Die Entscheidungen gegen Tillessen und Schwärzel	209
1.2	Erste Ermittlungen und Verfahren auf Basis des StGB	210
1.3	(Teilweise) Verjährungsaussetzung bei deutschrechtlichen Tatbeständen	211
1.4	Zur Auswahl der Tatkomplexe	213
2	Ausgewählte Tatkomplexe und Strafverfahren unter besonderer Berücksichtigung des OLG-Bezirks Braunschweig	217
2.1	Denunziation	217
2.2	Gewaltverbrechen im Zeichen der NS-,Machtergreifung'	225
2.3	Synagogenbrandstiftung und antisemitische Gewalt im November 1938	230
2.4	Justizverbrechen	234
2.5	NS-Anstaltsmorde („Euthanasie“)	241
2.6	Zwangsterilisierungen von ‚Erbkranken‘ und ‚rassisch Unerwünschten‘	245
2.7	Deportation von Juden sowie Sinti und Roma	247
3	Quantitativer Überblick	251
4	Stockende Verfahren, britische Kritik und Anpassungen	255

VII Der Oberste Gerichtshof für die Britische Zone

1	Vorgeschichte, Einrichtung und Zuständigkeit	267
1.1	Wege zu einem zonalen Obergericht (1946/47)	267
1.2	Organisationsfragen (1947/48)	275
1.2.1	Militärregierungsverordnung Nr. 98 und die offene Präsidentenfrage	275

1.2.2	Gerichtssitz und die Durchführungsverordnung des Zentral-Justizamts	279
1.2.3	Rekrutierung der Richter und Staatsanwälte	285
1.3	Späte Eröffnung und Präsidentenernennung	291
1.4	Ernennung weiterer Richter und Staatsanwälte	297
2	Präsident, Richter am Strafsenat und Generalstaatsanwalt – biographische Skizzen	303
2.1	Gerichtspräsident Ernst Wolff – der jüdische Remigrant	303
2.2	Strafsenatspräsident Curt Staff – der NS-verfolgte Sozialdemokrat	318
2.2.1	Aufstieg zum ‚sozialdemokratischen Starjuristen‘ (1901 bis 1933)	318
2.2.2	NS-Verfolgung und Abrechnung mit dem ‚Dritten Reich‘ (1933 bis 1945)	328
2.2.3	Führender Strafrechtler der Britischen Zone (1945 bis 1950)	344
2.2.4	Höchster Richter Hessens und linker Sozialdemokrat (1950 bis 1976)	362
2.2.5	Zusammenfassung	374
2.3	Strafsenatsvizepräsident August Wimmer – der NS-verfolgte Katholik	375
2.3.1	Rechtswissenschaftler, Richter und NS-Verfolgter (1899 bis 1945)	375
2.3.2	Vom OLG Köln zum OGH und zurück zum OLG Köln (1945 bis 1988)	390
2.3.3	Zusammenfassung	400
2.4	Richter Friedrich-Wilhelm Geier – Talent und Anpassungsfähigkeit	401
2.5	Richter Heinrich Jagusch – ein NS-Aufsteiger auf dem Karrieresprungbrett	424
2.6	Generalstaatsanwalt Karl Schneidewin – vom Reichsgericht zum OGH	441
3	Entwicklung, Arbeit und Grundsatzpositionen im Straf- und Zivilrecht	453

VIII Die Rechtsprechung des OGH zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit

1	Grundsatzentscheidungen zu Kontrollratsgesetz Nr. 10	471
2	Ausgewählte Entscheidungen	499
2.1	Denunziation	500
2.2	NS-„Machtergreifung“ 1933	510
2.3	Synagogenbrandstiftung und antisemitische Gewalt im November 1938	518
2.4	Antisemitische Hetzpropaganda und Beleidigung – der Fall Harlan	527
2.5	Freiheitsberaubung, Körperverletzung und Mord	541
2.5.1	Misshandlung von Juden: Der Weller-Fall	541
2.5.2	NS-Gewalt an politischen Gegnern – ‚Gestapo-Verfahren‘ in Hamburg	546
2.5.3	NS-Anstaltsmorde („Euthanasie“)	550
2.5.4	Deportation – Gewalt an Sinti und Roma	563
2.6	Justizverbrechen – „...eine der gefährlichsten und unerträglichsten Formen dieser Verbrechenart“	569

IX Die Rezeption der Rechtsprechung des OGH zu KRG 10 und die ‚vergangenheitspolitische Wende‘

1	Akzeptanz und Ablehnung bei den Instanzgerichten: Ausgewählte Strafsachen	609
2	Politik, Strafrechtswissenschaft und OGH: Reaktionen und Interdependenzen	623
2.1	Politik – Britische Militärregierung und deutsche Justizverwaltung	623
2.2	Weitere politische Öffentlichkeit – Parteien, Verfolgtenverbände, Presse	628
2.3	Strafrechtswissenschaft	630

3	Die strafrechtliche Vergangenheitspolitik der Bundesrepublik und die Abwicklung des OGH und seiner Rechtsprechung	643
3.1	Das Bundesamnestiegesetz vom 31. Dezember 1949 und der OGH	643
3.2	Die Abwicklung des OGH und die Einrichtung des Bundesgerichtshofes	650
3.3	Die Einstellung der Verfolgung von Menschlichkeitsverbrechen	655
X	<i>Schlussbetrachtung</i>	
1	Ein Rückblick aus dem Jahr 1975: ‚Vergangenheitspolitik durch Strafrecht‘	667
2	Der geschichtswissenschaftliche Blick auf ein Problem der ‚Juristischen Zeitgeschichte‘	669
3	Zusammenfassung	671
4	Richter als Historiographen der NS-Herrschaft	683
5	Ausblick	685
	Quellen- und Literaturverzeichnis	691
	Personenregister	737
	Dank	745